

Dr. Thomas Gesterkamp

“Gleichheit als umkämpftes Terrain? Wie antifeministische Männerrechtler emanzipatorische Begriffe umdeuten”

Ruhr-Universität Bochum, 25. Juni 2010

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung habe ich eine Expertise über antifeministische Männerrechtler verfasst. Warum beschäftige ich mich mit diesem Thema? Ich arbeite als Fachjournalist, publiziere in Büchern, Zeitungen und Rundfunkbeiträgen über geschlechterpolitische Fragen aus männlicher Perspektive. Das begann schon Ende der 80er Jahre mit einem Radiofeature über die fehlenden Rechte nichtehelicher Väter. Mitte der 90er Jahre habe ich “Hauptsache Arbeit?” - mit Fragezeichen! - geschrieben, ein Buch über die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die männliche Identität und eine der ersten deutschsprachigen Veröffentlichungen über die Vaterrolle - ein Thema, das heute breit diskutiert wird. Im Fach Politikwissenschaft habe ich über “Männliche Arbeits- und Lebensstile in der Informationsgesellschaft” promoviert. Dabei ging es mir vor allem um die “doppelten Verlierer” - jene vor allem im Osten Deutschlands stark vertretenen Männer, denen nicht nur eine berufliche Perspektive, sondern auch - und zum Teil gerade deshalb - eine Partnerin fehlt. Für die Publikation hat der Verlag den eingängigeren Titel “Die Krise der Kerle” gewählt - an den manchmal zugespitzten Verkürzungen im geschlechterpolitischen Diskurs bin ich insofern durchaus beteiligt. Aber es macht einen großen Unterschied, ob man einzelne Facetten “nicht vergoldeter” Männlichkeiten beschreibt - etwa die steigende Arbeitslosigkeit von Männern in der Wirtschaftskrise, die Vernachlässigung der Männergesundheit trotz geringerer Lebenserwartung oder auch die Wehrpflicht - oder ob man daraus ein Szenario konstruiert, in dem Männer in allen Lebenslagen benachteiligt sind und daran auch noch der Feminismus schuld sein soll.

An der Rezeption des Buches über die “Kerle” ist mir aufgefallen, wie gut die Wortkombination “Männer” und “Krise” zieht - und wie alarmistisch die Medien darüber berichten. Entgegen der Behauptung der Männerrechtler, ihre Anliegen

fänden in der Öffentlichkeit kein Gehör, sind diese in den letzten Jahren dauernd Thema in den Leitmedien gewesen. Die ständige Klage, man werde systematisch ausgegrenzt, ist selbst zum Bestandteil des männlichen Opferdiskurses geworden. Das bekommt dann teilweise absurde Züge: In einer Talkshow im WDR-Fernsehen beschwerte sich der Vorsitzende der Vereinigung MannDat über fehlende Medienresonanz - während er vor laufenden Kameras ausführlich reden durfte! Aus dieser beleidigten Haltung des angeblich Übersehenwerdens heraus argumentieren dann bestimmte Männerrechtler, sie könnten in der Wahl ihrer Kooperationspartner nicht wählerisch sein. Das Ergebnis sind Veröffentlichungen in rechtslastigen Blättern wie der Jungen Freiheit oder in den einschlägigen Internetforen.

Bevor ich Ihnen zentrale Denkfiguren vorstelle, noch eine Bemerkung: Entgegen der im Internet kursierenden Unterstellung, ich und andere männliche Kritiker der Männerrechtler würden bequem auf dem feministischen Ticket schwimmen, ist es gar nicht so einfach, Unterstützung für ein solches Rechercheprojekt zu finden. Buchverlage finden das Thema insiderhaft, Ministerien wittern ein parteipolitisches Minenfeld, einzelne Feministinnen halten mich gar für einen Maskulinisten. Um so mehr gilt mein Dank der Ebert-Stiftung, die mir ermöglicht hat, zumindest eine Art Zwischenstand zu erarbeiten. Das Thema ist noch weitgehend unerforscht, eine wissenschaftlich abgesicherte Empirie fehlt. Und ich erhebe gar nicht den Anspruch, mehr als einen journalistisch geprägten Aufschlag zu einer notwendigen Diskussion zu machen.

Nun also zu den Denkfiguren, den vorherrschenden Argumentationsmustern. Die zentrale Gemeinsamkeit der Männerrechtler und der Verteidiger traditioneller Geschlechterrollen - Familienfundamentalisten, wie ich sie in der Expertise nenne - ist ihr Antifeminismus. Ein "ausufernder Gouvernanten- und Umerziehungsstaat" fördere einseitig die Frauen. Vor allem die Strategie des Gender Mainstreaming - zugegeben ein spröder Begriff, mit dem teils auch Etikettenschwindel betrieben wird - ist nach dieser Lesart schuld daran, dass die Männer "gesellschaftlich den Kürzeren ziehen" - so heißt es in der Monatszeitschrift Cicero. "Im Zweifel gegen den Mann" hat der Focus im Herbst 2009 eine Titelgeschichte überschrieben. Die "Klage über Frauenunterdrückung", so heißt es dort, funktioniere als "sicheres Mittel der Machtausübung". "Freiheit statt Feminismus!" fordert kurzerhand die Junge Freiheit,

und prangert ein Denkverbot der "politisch Korrekten" an: Kritik an der Benachteiligung von Männern sei schlicht unerwünscht.

Damit sind wir bei einer ersten zentralen Denkfigur, dem Gestus des Tabubruchs. "Das wird man in Deutschland ja wohl noch sagen dürfen!" war Guido Westerwelles Reaktion auf seine Äußerungen zur vorgeblichen "spätrömischen Dekadenz" von Hartz IV-Empfängern. Manche Politiker und Intellektuelle sonnen sich darin, die "political correctness" zu missachten und als vorgestrig zu bekämpfen - vor allem, wenn die "Tabus" vermeintlich von "68ern" dekretiert wurden. Männerrechtlern wiederholen regelmäßig die These, Frauen seien gar nicht mehr benachteiligt, die Frauenemanzipation sei abgeschlossen, der Feminismus habe sein Ziel längst erreicht. Unklar bleibt, wie sich dies mit der ungebrochenen - und bei einem Blick in die Führungsetagen offensichtlichen - männlichen Übermacht in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien in Einklang bringen lässt. Daran ändern auch Angela Merkel und Anne Will nichts. Unter den 186 Vorständen der DAX-Unternehmen ist eine einzige Frau - beim Chemiekonzern Henkel, weil sie zur Familie des Firmengründers gehört. Der weibliche Anteil liegt also bei gerade mal 0,5 Prozent.

Als kleinen Exkurs nun ein längeres Zitat: "Von der fortbestehenden faktischen Diskriminierung der Frauen wenig irritiert, imaginierten viele Männer einen Machtantritt der Frauen...Im Bürgertum formierte sich eine soziale Bewegung, die sich zum Ziel setzte, weibliche Emanzipationsversuche einzudämmen, um Männer vor einem Verlust ihrer hegemonialen Position in der Gesellschaft zu schützen...Das antifeministische Ressentiment gehörte zum guten Ton im nationalkonservativen und völkischen politischen Spektrum der Gesellschaft...Die antifeministischen Kräfte erfuhren mit der Gründung des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation eine organisatorische Zusammenführung. Sein zentrales Motto lautete 'Dem Mann der Staat, der Frau die Familie'." Dieses Zitat - die historischen Bezüge habe ich bewusst weggelassen - bezieht sich auf das Jahr 1912, es stammt aus Claudia Bruns' Aufsatz "Zwischen Frauenbewegung und Antifeminismus - Das Fin de siècle im deutschen Kaiserreich". Wir reden hier also nicht etwa über ein ganz neues Thema! Der erwähnte antifeministische Bund wurde vor knapp 100 Jahren gegründet, am Vorabend des ersten Weltkriegs - in

den viele Rekruten auch deshalb begeistert zogen, weil sie sich davon eine unhinterfragte Wiederherstellung männlicher Dominanz versprachen.

Zurück zur Gegenwart. Eine Denkfigur, die ich im Zusammenhang mit der angeblichen Ignoranz der Medien bereits skizziert habe, ist die Inszenierung als Opfer des Feminismus. Männerrechtler stilisieren ihr Geschlecht zum Benachteiligten in nahezu jeder Lebenslage. Ob in der Arbeitswelt, im Bildungswesen, in der Gesundheitspolitik, beim Thema Gewalt oder im Scheidungsrecht: Überall greift nach dieser Lesart ein plattes "Winner-Loser-Schema": Männer seien verunsichert und steckten in der Identitätskrise, weil sie durch Frauenförderung und Gender-Politik diskriminiert würden.

Typisch ist auch die Umdeutung von Begriffen. Im Kampf um die Deutungshoheit versuchen Antifeministen, ursprünglich emanzipatorisch interpretierte Worte wie "Befreiung" oder "Geschlechterdemokratie" anders zu definieren. Die selbsternannten Freiheitskämpfer präsentierten sich als die neuen Bürgerrechtler, als Bewahrer zivilgesellschaftlicher Werte. So trägt der rechtslastige Online-Auftritt Die freie Welt den harmlosen und irreführenden Untertitel "Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft". Eine andere Publikation nennt sich "eigentümlich frei" - die Macher betrachten sich als Libertäre, sprachlich wie personell aber gibt es auch Überschneidungen zu Blättern wie der Jungen Freiheit.

Ein anderes Argumentationsmuster sind Biologismen. Sachbücher, in denen Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken, feiern riesige Verkaufserfolge. Die simple These "Männer sind vom Mars, Frauen von der Venus" ist nach wie vor populär. Mit ausgesuchten Hinweisen auf Hirnforschung oder Verhaltensbiologie untermauern Leitmedien wie die Frankfurter Allgemeine fragwürdige Behauptungen zur Geschlechterdifferenz. Stets wird die Unterschiedlichkeit von Gehirnhälften, Hormonen oder Genen betont. So entsteht eine "naturalisierte gesellschaftliche Konstruktion", wie es Pierre Bourdieu in seinem Buch "Die männliche Herrschaft" nennt: Eine "Verkehrung der Beziehung von Ursachen und Wirkungen" führt zu einem polarisierten Muster von Zweigeschlechtlichkeit, das nicht der realen Vielfalt entspricht. Den Befürwortern des Gender Mainstreaming wird im Umkehrschluss vorgehalten, eine

“anthropologische Neutralisierung” anzustreben und die Fakten der Biologie zu leugnen.

Als letzte Denkfigur nenne ich den Anti-Etatismus. Im deutschen Parteienspektrum ist dieser vor allem in der FDP, in Österreich in der FPÖ zu Hause. Die bayerischen Jungliberalen haben im November 2009 eine (inzwischen wieder aufgehobene) Erklärung verabschiedet, laut der sie "in der Antidiskriminierungspolitik und dem sogenannten Gender Mainstreaming eine große Gefahr für die individuelle Freiheit" sehen. Um die "Knechtschaft" (der Männer) zu beenden, forderten die Julis die Abschaffung des Bundesgleichstellungsgesetzes, die Rücknahme aller UN-Resolutionen und Passagen in EU-Verträgen zum Gender Mainstreaming sowie das Streichen sämtlicher Quotenregelungen. "Statt staatlicher Bevormundung" müsse "die volle Vertragsfreiheit wiederhergestellt werden".

Wie gesagt, der Beschluss wurde 2010 parteiintern wieder einkassiert - und es liegt mir fern, die deutsche FDP mit der österreichischen FPÖ in einen Topf zu werfen. Barbara Rosenkranz, die gescheiterte Kandidatin der Haider-Partei bei der Wiener Präsidentschaftswahl, hat nicht nur einen unumstritten rechtsextremen Ehemann und zehn Kinder, die Sonnhild oder Hildrun heißen, sondern auch ein ganzes Buch gegen den "Gender-Wahn" verfasst. Unter Berufung auf "freiheitliche" und zivilgesellschaftliche Prinzipien polemisiert sie wie deutsche Antifeministen gegen staatliche Bevormundung, warnt vor "Umerziehung" durch öffentliche Institutionen, die sich angeblich viel zu sehr in die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau einmischen. An diesem Punkt treffen sich Männerechtler mit christlichen Fundamentalisten, die vor "staatlicher Herrschaft über die Kinderbetten" warnen. Organisatorisch haben diese beiden Strömungen wenig miteinander zu tun, gemeinsam aber ist ihnen das anti-etatistische Schüren von Ressentiments gegen alles, was "von oben" kommt. Sie bedienen gängige Klischees und stützen sich auf eine ohnehin vorhandene Staatsverdrossenheit.

Ich möchte noch auf die derzeitigen Richtungskämpfe in der Männerbewegung eingehen. Anders als in manchen Reaktionen behauptet wird, spreche ich in der Expertise an keiner Stelle von einer "rechtsradikalen Männerbewegung". Es geht

um die Beschreibung einer Grauzone, um Gemeinsamkeiten in den Denkfiguren und um die teils geringen Berührungspunkte der Akteure. Den Titel "Geschlechterkampf von rechts" mögen manche für zu pauschal halten. Doch die Rollenbilder, auf die sich Antifeministen beziehen, sind eindeutig konservativ, sie werden bestenfalls libertär übertüncht. Eine "Entlarvung" männerrechtlicher Akteure nach dem Muster einer schematischen Extremismusforschung führt aber zu Trugschlüssen. Nicht jeder, der zu einem Rechtsextremen Kontakt hält oder in einer rechtslastigen Zeitschrift publiziert, ist automatisch selber rechtsextrem. Trotzdem ist es wichtig, den ideologischen Dunstkreis zu beleuchten, inhaltliche und personelle Überschneidungen festzustellen, verbindende Einstellungen zu benennen, zu große Offenheit dem rechtsextremen und rechtskonservativen Milieu gegenüber zu skandalisieren.

Als Autor und Vortragsredner bin ich stets für eine selbstbewusste Männlichkeit eingetreten, die sich eben nicht als Steigbügelhalter des Feminismus versteht. In der Männerbewegung - wenn man davon überhaupt sprechen will - existieren progressive wie rückwärts gewandte Strömungen, und noch ganz viel dazwischen, von jeher nebeneinander. Streit über traditionelle und moderne Orientierungen hat es seit den 1970er Jahren immer wieder gegeben. Die Männerrechtler ziehen aus teilweise berechtigten Anliegen generalisierende Schlussfolgerungen. Selbstverständlich haben vor allem Migrant*innen-Jungen Schwierigkeiten in der Schule. Nur Männer müssen zum Militär. Es gibt Gesundheitsberichte über Frauen, aber keine über Männer. Dass Gewalt nicht nur von Männern ausgeht, sondern sich auch überwiegend gegen sie richtet, ist ein unterbelichtetes Thema. Doch daraus lässt sich keine allgemeine Diskriminierung qua Geschlecht ableiten.

Der Geschlechterforscher Hans-Joachim Lenz warnt für sein Spezialgebiet davor, Gewalt gegen Männer "als falsches und unredliches Argument im populistisch gewendeten Geschlechterkampf zu missbrauchen", indem "männliche Täterschaft gezeugnet und entschuldigt" oder "gar die Schließung von Frauenhäusern verlangt wird". Das zielt gegen entsprechende Forderungen seines Kollegen Gerhard Amendt, dem auch die Männerarbeit der Evangelischen Kirche in einem Offenen Brief widersprochen hat. Das Bundesforum Männer, das sich als Lobbyverband und Pendant zum Deutschen Frauenrat versteht, grenzt sich ebenso eindeutig von

männerrechtlichen Einstellungen und Gruppierungen ab. Der Frust und die Aggression, die mir, der Ebert-Stiftung und dem Bundesforum in bestimmten Onlineforen entgegenschlägt, lässt tief blicken: Hier gilt es nämlich, eine politische Niederlage zu verarbeiten.

Zum Schluss möchte ich mich aber nicht selbstgefällig zurücklehnen, sondern den Finger in eine Wunde legen. Handelt es sich teilweise um hausgemachte Probleme? Was sind die Versäumnisse der Frauenbewegung und eines männerbewegten Profeminismus, die Männer nur als Täter betrachtet und schwierige Lebenslagen verharmlost oder schlicht ignoriert haben? Es scheint mir kein Zufall, dass jetzt eine schwarzgelbe Bundesregierung im Familienministerium das neue Referat 408 "Gleichstellungspolitik für Männer und Jungen" mit drei Planstellen etabliert hat. Zuvor war ein einziger Mitarbeiter für "Männer, Migration, Milieus", sprich für Gedöns zuständig. Die bisherigen parlamentarischen Anfragen zum Thema Männer und Jungen stellten die CDU-Fraktion 2004 und die FDP-Fraktion 2008. Auch wenn diese Initiativen keine geschlechterpolitische Grundlage hatten, vielmehr durch die Sorge der Arbeitgeber um die schlechte Qualifikation männlicher Schulabgänger ausgelöst wurden, behauptete ich: Sozialdemokraten, Grüne und Linke haben das Zukunftsthema "Männer" verschlafen, weil sie Geschlechterpolitik fast ausschließlich als Frauenpolitik definiert haben.

Die Oppositionsparteien verweisen auf die Erfahrungen in Österreich, wo 2002 eine schwarzbraune Regierung auf Betreiben der FPÖ und gegen den massiven Widerstand von Frauenverbänden eine "männerpolitische Grundsatzabteilung" im Sozialministerium installierte. Einige Publikationen dieser Abteilung haben in der Tat eine männerrechtliche Schlagseite. Eine Idee muss aber nicht verkehrt sein, nur weil sie der politische Gegner mangelhaft in die Praxis umsetzt. Eine Männerpolitik, die sich eindeutig abgrenzt, die sich weder von Antifeministen noch von Familientraditionalisten vereinnahmen lässt, nimmt konfrontativ orientierten Strömungen den Wind aus den Segeln. Der Gestus des "Tabubrechers" hat dann wenig Chancen, auch die Umwidmung von Begriffen wie Befreiung oder Geschlechterdemokratie ist nicht mehr so einfach.

Das Bundesforum Männer, das künftig als zentraler Ansprechpartner gegenüber

der Regierung auftreten will, hat genderdialogisch orientierte Leitsätze formuliert. Genau darum geht es: um Kriterien für eine klare Abgrenzung gegenüber Organisationen, die sich einen libertär-neubürgerlichen Anstrich geben, ihren rechtskonservativen Kern aber kaum verbergen können. In Köln, wo ich lebe, hat ein breites Bündnis in den letzten Jahren mehrfach Aufmärsche der Initiative ProNRW und ihrer ausländischen Freunde vom Vlaams Belang oder der Front National verhindert. Das ging so weit, dass sich Taxifahrer am Flughafen geweigert haben, Rechtsradikale zu befördern oder Hoteliers ihnen keine Unterkunft gegeben haben. Auch in der Geschlechterpolitik brauchen wir einen "cordon sanitaire", einen mentalen Sperrgürtel. Das, und nicht das, was die Männerrechtler verbreiten, verstehe ich unter zivilgesellschaftlichem Engagement.

Thomas Gesterkamp ist Journalist und promovierter Politikwissenschaftler. Beiträge im Hörfunk, in Tages- und Wochenzeitungen sowie in Sammelbänden und Fachzeitschriften. Tätigkeit als Vortragsredner, Hochschuldozent, Moderator und in der Weiterbildung. Mitarbeit beim Männer-Väter-Forum, Köln und beim Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse, Berlin. Mitbegründer des Väter-Experten-Netz Deutschland. Verfasser der Expertise "Geschlechterkampf von rechts - Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalieren" (Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs, Bonn 2010). Buchveröffentlichungen: Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere (Barbara Budrich, Opladen 2010); Die Krise der Kerle - Männlicher Lebensstil und der Wandel der Arbeitsgesellschaft (Lit, Münster 2007); Gutesleben.de - Die neue Balance von Arbeit und Liebe (Klett-Cotta, Stuttgart 2002); Hauptsache Arbeit? - Männer zwischen Beruf und Familie (Rowohlt, Reinbek 1998). Kontakt: Theodor-Schwann-Str. 13, 50735 Köln, 0221-7604899, thomas.gesterkamp@t-online.de